

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Personalangelegenheiten am 04.11.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Beratungsraum 113
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:01 Uhr bis 20:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Gernot Töpfer	Ausschussvorsitzender CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) bis 19:04 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) bis 18:30 Uhr
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) ab 18:30 Uhr, Vertreterin für Herrn Cierpinski
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) bis 19:50 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) bis 20:04 Uhr
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) bis 18:59 Uhr
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis 20:03 Uhr
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Verwaltung:

Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Christine Hahnemann	amt. Fachbereichsleiterin FB Personal
Gesine Präkelt	Abteilungsleiterin Personalcontrolling/Haushalt
Steffen Ruppe	Geschäftsbereich I – Finanzen und Personal
Yvonne Merker	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete Kultur und Sport
----------------------	-------------------------------

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Czock zu Gefährdungsbeurteilungen in der Stadtverwaltung**

Herr Töpfer eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Czock äußerte sich verwundert darüber, dass die Verwaltung keine Gefährdungsbeurteilungen erstellt. **Herr Geier** wies diesen Vorwurf zurück, denn es tagt regelmäßig der Arbeitsschutzausschuss. Er sicherte eine Information zu, wann der Ausschuss in der Stadtverwaltung tagt.

Es gab keine weiteren Fragen und **Herr Töpfer** beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten wurde von **Herrn Töpfer, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet.

Herr Töpfer stellte die ordnungsgemäße Einladung, sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Knöchel bat um Aufnahme des folgenden Antrages als Dringlichkeit:

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion Stadt Halle(Saale) , der CDU/FDP-Fraktion und der Fraktion MitBÜRGER für HALLE-NEUES FORUM zum Personalstellenbedarf im Geschäftsbereich IV- Bildung und Soziales

Anmerkung: Dem Dringlichkeitsantrag wurde bereits im Stadtrat am 30.09.2015 zugestimmt. Die durchgeführte Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung ist somit hinfällig.

Herr Knöchel verwies auf die den Ausschuss für Personalangelegenheiten betroffenen Punkte des Antrages:

Punkt 2: „...Der Ausschuss für Personalangelegenheiten des Stadtrates ist zeitnah, fortlaufend und unaufgefordert über die Umsetzung der Ausschreibung sowie die Besetzung der Stellen schriftlich oder mündlich zu informieren.“

Punkt 4: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, monatlich im Ausschuss für Personalangelegenheiten über die weitere Entwicklung der Fallzahlen, welche den Stellenbemessungen zugrunde gelegt werden, zu berichten, um für den Zeitraum ab 01.01. 2016 gegebenenfalls weitere Stellen zeitnah ausbringen zu können. Dies betrifft insbesondere den FB 50 Team Asyl/ HLU (einschließlich Leistungssachbearbeitung) Krankenhilfe)“

Es gab keine weiteren Anmerkungen und **Herr Töpfer** bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

Einwohnerfragestunde

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 07.10.2015
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 -Stellenplan- (Vorberatung)
Vorlage: VI/2015/01200
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung
Vorlage: VI/2015/01269
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Einstellung von Umzugsmanagern im Zusammenhang mit der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 07.10.2015

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 07.10.2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Töpfer verwies auf den Aushang des nicht öffentlich gefassten Beschlusses.

zu 3.1 Einstellung Untersuchungsarzt/ärztin
Vorlage: VI/2015/01281

Beschluss:

Der Ausschuss für Personalangelegenheiten beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung der Personalvertretung, die Einstellung eines/einer Arztes/Ärztin zur Untersuchung von Flüchtlingen zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 -Stellenplan- (Vorberatung)**
Vorlage: VI/2015/01200

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde für die Beratung zum Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Geier führte in den Stellenplan ein und gab eine Übersicht zu der Entwicklung der Stellen von 2015 bis 2016, erläuterte die Veränderungen zum Stellenplan 2015 und er ging auf die Personalkostenentwicklung ein.

Herr Knöchel bat um schriftliche Information, welche Minderausgabe sich aus dem Haushaltsvollzug 2015 ergeben wird.

Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

Wortprotokoll zum Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

Herr Bürgermeister Geier

Fangen wir an, Dienstleistungszentrum Wirtschaft, Wissenschaft. Da hat sich quasi nichts verändert im Vergleich zu 2015.

Herr Wolter

Eine grundsätzliche Frage...*unverständlich*...das Dienstleistungszentrum oder das soziale Rathaus, Migration wird von Herr Paulsen...*unverständlich*...

Zwischenrufe

Herr Bürgermeister Geier

Sie sind zu schnell, das führe ich noch aus.

Darf ich noch mal erläutern? Wir machen jetzt sozusagen die Geschäftsbereiche und jetzt gehe ich nach dieser Struktur der Geschäftsbereiche durch.

Und dann kommt als ersten die Stabsstellen beziehungsweise Dienstleistungszentren und dann die Fachbereiche.

Zwischenrufe

Herr Bürgermeister Geier

...das ist nämlich genau der zweite Punkt. Das ist dieses Dienstleistungszentrum Migration und Integration. Dafür haben Sie das Austauschblatt bekommen, damit Sie sehen, wie innerhalb der Gesamtstellen von der organisatorischen Zuordnung sich die Stellen verschieben.

Dieses Dienstleistungszentrum ist gegründet worden nachdem der Redaktionsschluss war und nachdem quasi die Vorbereitung für die Einbringung des Haushaltes war. Und deshalb ist es wichtig, dass man das jetzt in der Darstellung natürlich entsprechend aufführt 0:51 Und hier ist es so, dass dieses Dienstleistungszentrum mit insgesamt 17 Stellen ausgestattet wird, aber aus Umschichtung in der Verwaltung und bedingt durch die Flüchtlingsfrage, deswegen rot untersetzt, mit 12 Neuschaffungen. Und ich möchte jetzt in dem Zusammenhang auch noch mal auf diese Organisationsverfügung 4/2015 beziehungsweise 3/2015 hinweisen. Darf ich ausführen, oder...? Okay, gut. Es gibt jetzt die Organisationsverfügung 4/2015. Sie haben in den letzten die, die die Stellenausstattung darstellt. Und die vor allen Dingen darstellt, wie die Leitung dieses Dienstleistungszentrums erfolgen soll. Sie haben in der letzten Personalaussschusssitzung bemerkt, dass es da eine Organisationsverfügung 3/2015 gab, die dann wieder weg ist. Das war ein, muss ich mal wirklich sagen, Fehler aus meinem Bereich und ich will es insofern auch klar auflösen, weil es bei der Leitung dieser Stelle um eine Aufgabe geht, die ein Bearbeiter im OB-Bereich nicht komplett und alleine übernehmen soll. Sondern die er aus seiner Stelle heraus, die er im Moment hat, wahrnimmt. Und das über diese Zusatzbeschreibung in seiner Stellenbeschreibung, dass er Sonderaufgaben im Einzelfall wahrnehmen kann. Und diese Sonderaufgabe besteht darin, dass er aus seiner jetzigen befristeten Stelle die Leitung dieses Dienstleistungszentrum mit übernimmt.

Herr Knöchel

Stellenanteile, sozusagen.

Herr Bürgermeister Geier

Nein, das hat er in seiner jetzigen Stelle drin als Stellenanteil. Und jetzt wird quasi diese Sonderaufgabe konkret untersetzt mit dieser zusätzlichen Steuerung des Dienstleistungszentrums Migration und Integration. 0:54

Das ist noch mal ausdrücklich klargestellt worden und deshalb gab es hier auch die entsprechende Änderung durch die Organisationsverfügung 4/2015.

Herr Töpfer

Gut. Herr Krause, Herr Senius und Herr Wolter

Herr Krause

Ich habe drei Fragen dazu... Interpretation der Neuentwicklung richtig verstanden habe, stellt dieser Sachverhalt keine Entfristung dar.

Herr Bürgermeister Geier

So ist es, das war nicht beabsichtigt und die Aktion stellt das jetzt eindeutig dar.

Herr Krause

Jetzt ist aber, Frage Nummer zwei, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, an der Stelle, aus dem Leiter eine Sachbearbeiter-Stelle geworden, aber die E14 ist geblieben. Wieso? Ich

frage auch mit dem Hintergrund, dass zum Beispiel beim Team, um mal ein Beispiel zu nennen, Dienstleistungszentrum Familie, der Leiter, Teamleiter, 46 Stellen hat und da ist es eine E13. Da ist die Frage, wieso, wenn ich 17 Mitarbeiter habe, dann als Sachbearbeiter eine E14 bekomme...

Herr Bürgermeister Geier

Ja, es ist die E14 geworden. Und zwar ist es etwas ganz wichtiges; es ist nämlich eine Person die dann auch für die Zusammenstellung der Abrechnung gegenüber dem Land zuständig ist. Das heißt also, das ist eine betriebswirtschaftliche Stelle und ich halte es in dem Umfang für notwendig, weil wir da in Größenordnungen natürlich Geld abzurechnen haben, das wären mehrere Millionen, die da zusammen kommen. Und weil dann natürlich in der weiteren Entwicklung dann dieser Flüchtlings- und Asylfrage, die Frage im Raum steht, wie dieses Dienstleistungszentrum gegebenenfalls mit weiteren Aufgaben angereichert wird. Das zeigt aber der Prozess.

Herr Krause

Bevor ich die dritte Frage stelle, habe ich eine Zusatzfrage. Kommt die E14 dann irgendwie neu?

Herr Bürgermeister Geier

Nein, das ist eine kw-Stelle. Das heißt die ist definiert als kw-Stelle, wenn die Stelleninhaberin ausscheidet. Und es war hier aber wirklich, das hat sehr gut gepasst, dass man praktisch diese Person für diese Aufgabe einfach hier platziert und entsprechend installiert.

Herr Krause

Ist dann für die E14 die Bezeichnung Sachbearbeiter nicht irreführend?

Herr Bürgermeister Geier

Da kann man sich drüber streiten, das ist richtig.

Herr Krause

Ich denke schon, weil sozusagen auch im Stellenplan im Vergleich zu anderen 14er Stellen, eigentlich nicht passt.

Herr Knöchel

...eher Koordinator.

Zwischenrufe

Herr Bürgermeister Geier

Ist okay, ist ein guter Hinweis.

Herr Krause

Letzte Frage: ...*unverständlich*...Umzugsmanagement. Haben wir die eigentlich per Beschluss schon festgestellt, haben wir die beschlossen?

Herr Knöchel

Das sind die Rettungsdienste.

Zwischenrufe

Herr Krause

Also, die stehen jetzt erst mal hier drin. Aber beschlossen haben wir die noch nicht irgendwo.

Herr Bürgermeister Geier

Also die werden praktisch in den Stellenplan 2016 eingebaut. Also beschlossen sind sie nicht. Aber das Problem ist schlicht und einfach, dass man handeln muss.

Herr Doege

Die sind Teil der 35 Stellen.

Herr Bürgermeister Geier

Richtig.

Herr Krause

Ich frage mit dem Hintergrund, manche Stellen kommen neu rein, weil sie auf Grund eines Beschlusses...und manche werden von der Verwaltung rein geschrieben, die dann mit beschlossen werden.

Herr Bürgermeister Geier

Genau.

Herr Töpfer

Herr Senius.

Herr Senius

Danke, hat sich erledigt.

Herr Töpfer

Der nächste ist Herr Wolter.

Herr Wolter

...unverständlich...für mich ist dieses Dienstleistungszentrum mit dieser Größenordnung mit den 17 Beschäftigten nicht so richtig greifbar...Volumen dahinter mit Personal und Aufgabengebieten. Und ich habe eine gewisse Sorge, das ist meine Frage, ob Sie definieren können, wo parallel Aufgaben, die jetzt hier scheinbar gebündelt sind, trotzdem noch stattfinden. Gibt es das?

Frau Ernst

Nein, das ist nicht so.

Herr Wolter

Also gibt sozusagen niemanden in der Verwaltung Anlaufstelle für die Migranten und Integration...

Frau Ernst

Die Beauftragtenstelle, das ist auch ganz klar.

Herr Wolter

Also im Bereich Bildung, im Bereich Kita, Soziales...

Frau Ernst

Der klare Ansprechpartner ist die Beauftragte.

Frau Krischok

Ich hätte gerne, dass Sie noch etwas zu den zehn Stellen sagen. Es kommt ja nachher noch der Punkt Mitteilungen. Sie haben ja jetzt schon alles Mögliche schon berichtet und da steht das unter Mitteilungen noch mal. Haben Sie jetzt schon alles verraten oder?

Herr Töpper

Noch nicht alles.

Frau Krischok

Na ja, es könnte ja vielleicht auch schon an der Stelle schon interessant sein.

Herr Töpper

Herr Cierpinski, Herr Doege, Herr Knöchel.

Herr Cierpinski

Ich habe jetzt eine Verständnisfrage zu dem Leiter des Dienstleistungszentrums....*unverständlich*...Vollzeitkraft. Jetzt sagen Sie, dass diese Stelle quasi kommissarisch übernommen wird im Rahmen von Sonderaufgaben. Sicherlich auch von jemandem, der bis jetzt sicherlich dort einen normalen Job zu erledigen hatte und jetzt in der Aufgabenstellung eigentlich doppelt belastet ist. Ist vorgesehen, dass diese Stelle irgendwann ausgeschrieben wird und dauerhaft besetzt wird...?

Herr Bürgermeister Geier

Der Kollege macht diese Aufgabe bis auf weiteres im Rahmen seiner Stellenbeschreibung als Sonderaufgabe.

Herr Cierpinski

Also als Vollzeitstelle, die hier beschrieben ist.

Herr Bürgermeister Geier

Nein, er hat seine Stelle. Also die Stellenausstattung Dienstleistungszentrum Migration ist jetzt quasi auf der Seite und er hat seine Stelle als Grundsatzreferent. Es gibt keine neue Stelle. Und in seiner Stellenbeschreibung ist ein Zeitanteil für Sonderaufgaben. Und dieser Zeitanteil für Sonderaufgaben wird jetzt genutzt, um diese Steuerung des Dienstleistungszentrums zu machen. Keine neue Stelle.

Zwischenrufe

Herr Töpper

Herr Doege.

Herr Doege

...*unverständlich*...mit dem Stand August, da waren es doch schon 17 Stellen.

Herr Bürgermeister Geier

Das habe ich vorhin erklärt. Durch diese Organisationsverfügung 4/2015.

Herr Doege

Die habe ich nicht.

Herr Bürgermeister Geier

Ja gut, aber das ist jetzt das, was jetzt hier quasi korrespondiert mit der Darstellung. Sie ist unterschrieben und kommt dann ins Netz.

Herr Doege

Im Haushaltsentwurf waren 17 Stellen...*unverständlich*...

Zwischenrufe

Herr Knöchel

Die stehen doch alle drin, gucken Sie mal auf die Seite 1337, dann erschließt sich das.

Herr Möller

Herr Doege. Die Stelle, die Sie mit E 14 vorhin mit Herrn Geier besprochen haben, die sozusagen im Büro des Oberbürgermeister, die geht raus. Die ist falsch zugeordnet wurden im ersten Entwurf. Das Ergebnis bleibt 17, aber trotzdem gab es eine Änderung.

Zwischenrufe

Herr Doege

Sie sagen, es ist eine kw-Stelle. Wo ist das?

Herr Bürgermeister Geier

Mit Ausscheiden der Stelleninhaberhin.

Zwischenrufe

Herr Doege

Dann ist doch der Endtermin fixiert.

Frau Hahnemann

Also der kw-Vermerk endet dann entweder, wenn der Stelleninhaber die Stelle verlässt oder wenn die Aufgabe sachlich erledigt ist.

Herr Bürgermeister Geier

Die Stelle ist im Moment zeitlich nicht fixiert. Das war sie auch vorher nicht...*unverständlich*...und das setzt sie jetzt ein, weil die Person noch da ist, sinnvollerweise für diese Aufgabe, die hier noch zu erledigen ist. Und jetzt noch mal zu den zwei E14-Stellen. Ich versuche es noch mal zu klären. Es ist einer E14 Stelle, die zugeführt worden ist, weil dort die Abrechnung stattfinden soll. Die Stelle, die ihr jetzt noch im Kopf habt, ist die Stelle des Grundsatzreferenten. Die ist aber getrennt.

Zwischenrufe

Herr Bernstiel

Jetzt ist es ja so, der Grundsatzreferent kann das doch nicht so nebenbei führen. Also eigentlich braucht man doch eine hundertprozentige Führungskraft, um diese Zentrum zu führen...ich kann doch nicht gleichzeitig Grundsatzreferent sein und gleichzeitig noch das Dienstleistungszentrum führen, irgendwo muss man doch Abstriche machen.

Herr Bürgermeister Geier

Das ist eine Organisationsfrage, die in der Verwaltung entschieden wird. Und der zweite Punkt den ich noch mal klar sagen muss, also da können wir grundsätzlich diskutieren, wer kann denn abschätzen wie hier diese Entwicklung läuft. Also warum sage ich das? Weil ich will dafür werben, dass man da auch mal ein bisschen Verständnis entgegen bringt, dass die Verwaltung hier permanent auf eine Neuentwicklung in der Flüchtlings- und Asylfrage reagieren muss. Hier fängt eine Diskussion an, so nach dem Motto, das quasi diese Flüchtlingsfrage, dass es alles statisch wäre. Das ist es nicht. Ich meine das so. und die Entscheidung war halt so, dass man gesagt hat, man fängt jetzt quasi mit dieser Erstausrüstung für dieses Dienstleistungszentrum an. Macht das sozusagen kommissarisch über diesen Grundsatzreferenten mit und wartet mal ab, wie diese weitere Entwicklung ist.

Frau Ernst

Die Stelle des Grundsatzreferenten, des strategischen Grundsatzreferenten, so ausgerichtet ist, dass die strategischen Fragen auf die sich die Verwaltung konzentriert, dann sich auch entsprechend verändern werden. Dieses Thema ist für die Stadtverwaltung im Moment die zentrale Frage, wie strategisch gearbeitet wird. Insofern müssen wir die Konzentration auf dieses Thema schaffen.

Herr Töpfer

Herr Senius.

Herr Senius

Also ich habe jetzt verstanden, außer der strategischen Frage, Leiter dieses Dienstleistungszentrums, finden keine strategischen Aufgaben die vom Grundsatzreferenten wahrgenommen werden müssen statt, und deshalb ist diese Funktion entbehrlich, weil ich ja jetzt diese Stelle auch einsetze hier im Dienstleistungszentrum.

Frau Ernst

Der Grundsatzreferent nimmt noch andere Aufgaben wahr, insofern ist das eine Aufgabe, eine zentrale Aufgabe von verschiedenen...

Herr Senius

...also was macht er denn für Aufgaben, was hat er vorher gemacht, was er jetzt nicht mehr macht?

Zwischenrufe

Frau Ernst

Also welche strategischen Fragen im Büro des Oberbürgermeisters erarbeitet werden, das wissen Sie, das ist seine Entscheidung. Und wir können Ihnen da gerne noch mal auflisten...aber die Stellenbeschreibung kennen Sie eigentlich auch.

Herr Senius

...unverständlich...

Zwischenrufe

Frau Ernst

Sie können ganz klar Ihre Fragen formulieren und dann beantworte ich sie.

Herr Senius

Ich habe jetzt mehrfach eine klare Frage formuliert...Die Frage war, Frau Ernst, jetzt drehen Sie mir das Wort nicht um. Die Frage war ganz klar, was hat er vorher gemacht, was macht er jetzt, wenn er jetzt im Endeffekt andere Aufgaben wahrnimmt...unverständlich...das war eine sehr klare Frage. Da haben Sie mir jetzt geantwortet mit allgemeinen Ausführungen, dass das im Organisationsbereich des Oberbürgermeisters liegt. Auch das ist keine Antwort, aber keine Antwort die mir Klarheit verschafft. Deshalb ist es für mich an der Ecke unklar geblieben.

Frau Ernst

Herr Senius, wir können Ihnen die Frage gerne beantworten, auch ohne den pädagogischen Ton.

Herr Senius

Na Wahrscheinlich...sonst reagieren Sie nicht.

Herr Töpfer

Ich erwarte Sachlichkeit in dieser Runde.

Herr Knöchel

Die Verwaltung hätte es ja vielleicht ausführen können und auch sollen, dass wahrscheinlich mit der Bildung dieses neuen Dienstleistungszentrum entschieden werden muss, wie es in Zukunft strukturiert ist, weil wir ja noch nicht wissen, welchen endgültigen Stellenplan es geben wird in der Zukunft. Und somit halte ich es erst einmal für hinnehmbar, dass man da aus der Stabsstelle des OB Büros jemanden beauftragt hat. Allerdings auch verbunden mit der Frage, wann ist da eine Stelle zu schaffen. Wenn die Verwaltung jetzt geantwortet hätte, wir können das noch nicht absehen, wie der weitere Stellenbedarf ist, genau deswegen...*unverständlich*...hätte ich das einsichtig gefunden und sicher werden noch bis nächstes Jahr über Stellen reden. Auch wenn wir den Haushalt abschließen. Ich gehe davon aus, wenn ich sehe was auf der Landesebene ankommt, dass wir auch in Halle weiter darüber diskutieren müssen. Aber meine eigentlich Frage war, Frau Ernst hat geantwortet, außer diesen Stellen, gibt es nach außen keine Stellen, die sich mit dem Thema Migration beschäftigen. Es gibt natürlich zu allen Bereichen Verknüpfungen und wir müssen uns in allen Bereichen aufstellen. Deswegen würde mich jetzt die interne Organisation interessieren, der Bildungsbereich, der Kulturbereich und alle werden jetzt mit solchen Fragen befasst sein. Reichen Sie mit diesen Stellen dann dort aus, wird das auch mit in die Überlegungen mit einbezogen? Wenn im Bildungsbereich...*unverständlich*...Also kann es da auch noch mal zu Stellenaufwüchsen kommen oder denken Sie, dass Sie mit dem bisherigen Personal abdecken? Gibt es da schon Überlegungen, die Sie uns zu gegebener Zeit vorstellen können? Mich würde sozusagen intern interessieren...*unverständlich*...

Frau Ernst

Ich wollte nur deutlich machen, dass es keine Doppelarbeit gibt. Herr Wolter fragte ja, ob Aufgaben doppelt ausgeführt werden und das ist nicht der Fall. Ich hatte, Herrn Geier ergänzend, ausgeführt, dass es im Prinzip ein Prozess ist, der sich entwickelt und ich kann mir im Moment sehr gut vorstellen, dass es da noch weitere Stellen in dem Bereich geben wird.

Herr Töpfer

Herr Wolter hatte sich gemeldet.

Herr Wolter

In dem Internat in Kröllwitz sind Kinder untergebracht. Die Frage ist, werden die von städtischen Mitarbeitern betreut, dass die in Kitas und Schulen hineinkommen. Das ist für mich ganz klar die Frage nach einem Dienstleistungszentrum, wenn es denn das Dienstleistungszentrum gibt. Wer koordiniert jetzt sozusagen mit Caritas, die ja anscheinend dort die Betreuung vornimmt, mit den Sozialarbeitern vor Ort, mit dem Jobcenter, die notwendigen Absprachen, das was ja teilweise von Herrn Godenrath, dem Bereich vom Umzugsmanagement, der ja sozusagen da zwischen Tür und Angel von allen Einrichtungen der Stadt unterwegs ist. Also der ist ja quasi der Ansprechpartner für egal welcher, ob nun Gemeinschaftsunterkunft oder was weiß ich. Das ist für mich die Frage, wenn es nicht drin ist, wenn es sozusagen im Bildungsbereich Mitarbeiter gibt, die sozusagen mit diesen Themen beschäftigen, obwohl da einer vom Dienstleistungszentrum Integration da raus fährt, weil er die Frage bearbeitet. Und fährt danach in den Eigenbetrieb Kita. Das ist für mich die Frage, ob es sozusagen zu Doppelthemen oder Doppelstrukturen kommt.

Frau Ernst

Das kann ich auch verneinen. Ich würde es noch einmal zitieren: in den Unterkünften, wenn Sie jetzt beispielsweise Dölauer Straße ansprechen, das ist auch eine Landeseinrichtung. In den Gemeinschaftsunterkünften in der Stadt kümmern sich die Umzugsmanager um die Auszugs- und Umzugsthemen der Bewohner. Das heißt, da gibt es keine inhaltliche

Dopplung. Wenn in der Kinderbetreuung beispielsweise das erfolgt, wenn wir jetzt über unbegleitete Minderjährige reden, dann ist durchaus der Fachbereich Bildung und Soziales betroffen. Insofern keine Dopplung, mal abgesehen von dem unbegleiteten Minderjährigen Thema, ist die Betreuung aber auch im Vorfeld doch schon gewesen. Die Aufgabe ist dann nicht vollkommen neu. Insofern hat es da keine zusätzlichen Stellen im Dienstleistungszentrum gegeben, sondern das erfolgt nach wie vor im Fachbereich Bildung und Soziales.

Zwischenrufe

Herr Stäglin

Wir haben die Struktur, dass der Geschäftsbereich IV in der Sitzung am 26.11.2015 behandelt werden soll und da ist die Verabredung, für das Protokoll und für die Beschlusskontrolle, dass als Wunsch mitnehmen, dass das Thema Umgang und Stellenbetreuung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und dem Thema Betreuung von Kita-Kindern in der Sitzung behandeln und auch vorbereiten.

Herr Töpfer

Gut, weiter. Herr Wolter.

Herr Wolter

Sie haben jetzt hier auf der Seite 1299, da haben Sie jetzt sozusagen neu formuliert im Bereich Sachbearbeiter Finanzierung Asyl/Flüchtlinge unter Punkt 32, Prüfung Sonderaufgaben, kw bei freierwerden. Das heißt für mich natürlich nicht Aufgabe, sondern es heißt Stelle...unverständlich...Wegfall der Stelle. Ich bin auch eine Weile schon im Finanzausschuss, aber Aufgaben haben ich noch nie definiert bekommen beim Stellenplan, sondern es geht nur darum, wenn wir da einen kw-Vermerk gemacht haben, dann wegfallen, weil Aufgaben wegfallen...*unverständlich*...dieses Wegfallen heißt doch eigentlich, gehe ich davon aus, dass sie dauerhaft notwendig ist. Es ist ja so, dass Sie hier eine Sachbearbeiterin beschreiben mit einer E14, Prüfung Sonderaufgaben aus dem Fachbereich 14 mit diesem...Organisationsverfügung, was Sie beschrieben hatten. Ich würde gerne, vielleicht gibt es dann irgendwie, vielleicht kann man die entstandenen Fragen noch mal zu diesem Dienstleistungszentrum klären, um irgendwie ein bisschen Fleisch zu haben. Irgendwo eine kleine Hierarchie, eine kleine Aufgabenplanung. Vielleicht gibt es das schon und ich habe es nur nicht zur Kenntnis genommen. Ich habe so das Gefühl, dass es ist allen noch nicht so ganz klar, wie das sozusagen strukturiert ist, gerade in Bezug auf die Stelle vom Grundsatzreferenten, der vielleicht auch noch etwas zu tun hat.

Zwischenrufe

Frau Ernst

Wenn es darum geht ein Organigramm zur Verfügung zu stellen, das ist kein Problem.

Herr Wolter

Vielleicht noch mit einer Zeile. Weil, das ist für mich nicht ganz klar...in dieser Beschreibung steht E14, dann gucke ich hier auf diese Seite...

Herr Töpfer

Wäre es möglich, das bis zum 26.11.2015 zu bekommen, damit wir das an dem Tag haben?

Frau Ernst

Das ist kein Problem.

Herr Töpfer

Analog wie wir das jetzt gemacht haben. Ihr Vorschlag und das dann mitnehmen für den 26.11.2015.

Herr Krause noch bitte.

Herr Krause

Ich würde jetzt gerne wissen, wie ist das bei Büro OB, Redakteur Pressestelle? Kommt aus dem ...habe ich das richtig verstanden?

Zwischenrufe

Frau Ernst

Nein, das ist keine zusätzliche Kraft da. Eine Stelle ist sozusagen aus dem Team rausgegangen und eine andere Stelle dafür rein. Also stellenneutral ausgelöst. Herr Möller könnte genaueres dazu sagen.

Herr Möller

Rausgegangen ist sozusagen eine Stelle E10, die ist im Rahmen des E-Governments, damals aus dem Fachbereich 10, sozusagen in die Pressestelle und die ist wieder rausgegangen und eine Stelle in der Entgeltgruppe 11 ist wieder eingeführt worden.

Herr Krause

Und wo ist die hingegangen?

Herr Möller

In den Geschäftsbereich III.

Herr Krause

Gut, dann habe ich noch eine Frage. Und zwar zum Referenten für europäische/internationale Beziehungen. Habe ich das jetzt richtig nachvollzogen, das ist sozusagen ein Mitarbeiter Marketing/Fundraising. Was macht der denn genau?

Frau Ernst

Dazu möchte ich kurz etwas sagen: Die Stelle an sich, also die Aufgabe an sich, die war ja kw gesetzt, das haben wir im letzten Jahr hier diskutiert, da ging es um die Querschnittsaufgabe, die im Prinzip in allen Geschäftsbereichen erfüllt wird und die ist dem Geschäftsbereich III zugeführt worden. Das Stadtmuseum.

Herr Krause

Bewertung was die Städtepartnerschaften angeht? Wenn man sozusagen von einer 13 auf eine 8 geht. Wenn man Organisation gemacht hat, Organisationsaufgaben, ist das eine Sachbearbeiter-Stelle? SB?

Frau Ernst

Der Anteil an der ursprünglichen Stelle was Städtepartnerschaften und Pflege betrifft, der war marginal. Da lagen die Hauptschwerpunkte in europäischen Fragen, Finanzierungsfragen, Programme usw. Da hatte das Städtepartnerschaften-Thema einen geringen Stellenanteil. Die Schwerpunkte lagen in anderen Bereichen.

Herr Krause

Aber die 13er Stelle, die die Dame besetzt hatte, die hatte ja eine volle Stelle ausgefüllt mit dieser Aufgabe oder bin ich falsch? Auch mit Blick auf unseren Anspruch, wie wir mit unseren Städtepartnerschaften umgehen. Ist das die richtige Strategie?

Frau Ernst

Der Eindruck täuscht. Die Städtepartnerschaften sind hier adäquat, auch mit dem neuen Konzept, welches in den vergangenen Jahren diskutiert wurde berücksichtigt. Was die Stelle angeht, die im Vorfeld diskutiert worden ist...*unverständlich*... Die komplette Aufgabe...*unverständlich* ...

Herr Krause

Und diese Sachbearbeiter-Stelle ...*unverständlich*... Städtepartnerschaften ist jetzt...folgt unsere Aufgabe.

Frau Ernst

Nicht vollständig, aber anteilig. Müssen wir die Stellenbeschreibung nochmal zukommen lassen.

Herr Bürgermeister Geier

Jetzt kommt in der Organisationsstruktur das Büro OB. Dieses Büro hat eine Absenkung um 4 Stellen und diese sind alle umorganisiert. 3 ins DLZ und eine zu GB III, eine zu 450.

Herr Wolter

Kommt da noch eine Stelle dazu oder ist das eine andere. Also die neue. Die ist im Plan noch als ...*unverständlich*... Der Grundsatz ist hier jetzt nicht mehr vorhanden. Warum 45,5 Stellen? Können Sie mir das erklären?

Herr Möller

Sie sehen ja im Rahmen der Vordiskussion zu DLZ 802, ist die Stelle Grundsatzreferent fehlerhaft. Deshalb ist sie ins DLZ 802 verschoben wurden. Deswegen sehen Sie sozusagen eine 0 im Bereich OB. Mit dem Änderungsblatt und der Veränderung geht das jetzt wieder zurück. Auch die gleiche EG14. Referent für Grundsatzangelegenheiten.

Herr Bürgermeister Geier

Gesamtpersonalrat keine Veränderungen, Rechnungsprüfung eine Umsetzung ins DLZ Migration/Integration, das ist diese E14 Stelle für die Bearbeitung und Abrechnung der Flüchtlingskosten.

Herr Doege

Wenn wir den Jahresabschluss bekommen, als kw-Stelle problematisch, 1 Stelle weniger

Frau Präkelt

Dadurch dass wir diesen Änderungsantrag gemacht haben ...*unverständlich*... Ich habe nur das Endergebnis geändert. 20 in 19 Stellen.

Herr Doege

RPA problematisch.

Herr Wolter

Gibt es für die Reduzierung eine Aufgabenuntersuchung?...*unverständlich*...aufgrund des Alters, es ist ja eine Verschiebung in ein anderen FB, DLZ ist ja der Hintergrund.

Herr Bürgermeister Geier

Die Person mit der Stelle hat einen kw-Vermerk bekommen. Das war in einer ganz anderen Stelle. Das hing zusammen mit dem ZGM Auflösung. Das war die Ursache für diese kw-Setzung. Und jetzt ist die Stadt gehalten, die Personen entsprechend adäquat einzusetzen. Da war im Frühjahr unsere Überlegung, dass man die Person im Rechnungsprüfungsamt einsetzt, um die betriebswirtschaftlichen Aspekt, die durch die Doppik Umstellung dazu kommen, zu verstärken.

Dann gab es diese Dynamik aus der Flüchtlingsfrage, wer holt diese Kostenpositionen aus dem Gesamt HH zusammen, wer bündelt es und wer rechnet es ab.

Das ist aus dieser Akutsituation in der Flüchtlingsentwicklung entstanden. Es gab Gespräche mit dem Chef vom Rechnungsprüfungsamt, ob er es aufgrund dieser Situation akzeptieren kann und dann hat er es entsprechend beantragt.

Herr Krause

Hab ich das richtig verstanden, dass der Abteilungsleiter RPA weggefallen ist und aus einer E13 eine A10 geworden ist?

Herr Geier

Nein, diese Stelle um die es geht, ist von Anfang an eine E14 geblieben.

Herr Möller

Das ist eine Umschichtung aus einer E13 in eine A13. Deshalb sehen Sie bei der A13 oben einen Zugang, bei der E13 einen Abgang. Keine Aufwertung. Es ist eine neutrale Umwandlung.

Herr Geier

Keine Veränderung im FB Recht.

Herr Krause

FBL Recht war im HA beantragt mit einer E16 und das wurde nicht bestätigt. Jetzt steht aber eine 16 drin.

Herr Bürgermeister Geier

War immer eine A16er Stelle und bei Beamten ist es so, dass die auch höherwertige Posten mit niedrigerer Dotierung wahrnehmen müssen bis der Dienstherr entscheidet.

Herr Wolter

Bis 30.06. nicht besetzt gewesen. Gibt es die Möglichkeit die Stelle zu streichen.

Herr Möller

Eine Stelle ist umgewandelt worden. Da hat sich der Name der Stelle verändert. Deswegen sehen Sie tatsächlich besetzt am 30.06. in dieser Position E13 eine 0 und darunter aber eine 1, tatsächlich besetzt 1. Das hängt damit zusammen, dass die Stelle einen neuen Namen bekommen hat und zum 30.06. eine unbesetzt war und eine besetzt. Das ist aber eigentlich die gleiche. Ich habe mich falsch ausgedrückt. Man hat durch eine erneute Aufgabenüberprüfung den Stellennamen angepasst an die Aufgaben.

Herr Doege

4 Beamtenstellen, 35 Angestelltenstellen.

Herr Wolter

Die Planungsgrundlagen sind die Zahlen. Wenn ich aber in einem kleinen FB mit einer Stelle 30.000 € mehr planen möchte-von der Ist-Planung ausgehe. Aufgrund der Teilzeitregelungen insgesamt jedes Jahr eine Stelle ...*unverständlich*... und 0,05. Ich habe hier ein Blatt, wo ich einfach mal 30.000 €. Sie planen 30.000 € zu viel. Jahr für Jahr. Es wäre niemals Nutzen, wenn wir gar nicht die Besetzung haben.

Herr Möller

Herr Wolter, es ist so, dass die jungen Mütter ein Anrecht haben die Arbeitszeit abzusenken. Es ist nicht klar sozusagen, Ihr könnt das per Antrag machen und das wird genehmigt und

dann kam die Erwartung das Anrecht wieder auf 40 Stunden hoch zukommen. Deswegen plant man eigentlich auch den vollen Platz.

Fachbereich Sicherheit

Herr Bürgermeister Geier

Feuerwehr und Ordnungsbehörde, UVB, der ganze Bereich. Da haben wir 10 Stellen mehr und es gibt u. a. den Aufwuchs durch diesen Einzelbeschluss der Notfallsanitäter.

4, die in die Leitstelle integriert werden, 2 Stellen ...*unverständlich*... zwei neutrale Umorganisationen.

Herr Möller

ITW, Intensivtransportmobil für Intensivpatienten

Herr Senius

Verständnisfrage bezüglich DLZ Migration/Integration. Können wir daraus schließen, dass diese 12 Neuschaffungen, die hier ausgewiesen sind, Aufwendungen sind, die vom Land erstattet werden?

Frau Ernst

Ja.

Herr Senius

Ist unter den 12 Neuschaffungen die Stelle des Leiters ...*unverständlich*...

Frau Ernst

Nein.

Herr Doege

Eine Stelle, also Ratsangelegenheiten.

Herr Senius

Wenn ich aufgrund des Umstandes, dass ich den Bereich Migration/Integration ein stärkeres Personalgewicht zukommen lassen muss, eine Leiterstelle schaffe und bisherige Aufgaben umwidme in den Leiterbereich und das im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Aufwuchs der Aufgabe steht, warum stellt man dann diese Aufwendungen mit dem Land?

Frau Ernst

Das würden wir als Anregung mitnehmen.

Herr Senius

Die Logik war ja, alles was die Kommunen an Mehraufwendungen haben durch die Entwicklung im ...*unverständlich*... übernimmt das Land

Herr Knöchel

Ich halte es für wichtig, dass man diese Zusammenstellung macht und dass man dies sachlich zuordnet. Das Problem ist, dass die 8600 möglicherweise höhere Beträge für die sächlichen Kosten zugesichert worden sind aber zur Finanzierung desselben aus der Auftragskostenpauschale die Summen entnommen worden sind ohne dass dort der Personaleinsatz mit berücksichtigt worden ist. Wir bekommen das Geld dann theoretisch erst in 2 Jahren wieder, wo wir jetzt die Personalaufwüchse haben und deswegen muss man das zügig abwenden, weil ansonsten verweist das Land irgendwann auf die Auftragskostenpauschale und die wirkt sich immer mit einem 2 jährigen Rücklauf aus und das nützt uns im Moment nicht viel.

Herr Senius

Und man muss berücksichtigen, mit dem Umstand falls es zum Aufwuchs der Kassenkredite dadurch kommt. Wenn wir einen Deckel haben, ich weiß nicht, ob in Halle schon der Deckel greift für Kassenkredite. Wenn er dann greift und dadurch gerissen wird, was passiert dann?

Herr Knöchel

Wenn das Land schon nicht erstattet, dann muss es durch die Kassenkredite genehmigt werden. Diese Pauschale reicht eigentlich nicht aus, d. h. das Innenministerium übernimmt die Pauschale oder es verlängert den Erlass mit der Aufhebung der Deckung.

Herr Bürgermeister Geier

Oder das Land zahlt sozusagen schneller.

Herr Senius

Zweite Anregung: Das man das dem Land deutlich macht und dort ausdrücklich um diese Auffassung, wenn Kassenkreditdeckel gerissen werden muss aus den Gründen, das es unschädlich ist. Im Rahmen der Finanz- und Kommunalkommission das Personal ..*unverständlich*...

Herr Wolter

Ich stelle fest, dass es hier keinerlei Bestreben in der Verwaltung, was an Sicherheitsproblematik, Politessen gibt. Es ist die Planungsabbild vom OB, heißt es das es keinerlei Veränderungen geben wird, das alles super läuft und das alle in Kooperation arbeiten.

Frau Ernst

Wird derzeit auch geprüft. Das wär auch so ein Thema, wo wir am Ende der Aktualisierungen in Gänze nochmal kommen.

Herr Wolter

Die Frage der Politessen ist sozusagen auskömmlich und das Ergebnis durch die Ordnungsgelder ist so ...*unverständlich*...

Herr Geier

Geht davon aus.

Herr Wolter

Gib es einen Überblick, welche Stellen durch Refinanzierung, durch Drittmittel mit teilweise bereits finanziertem ...*unverständlich*... Für alle Stellen?

Herr Bürgermeister Geier

Da muss man nochmal drüber schauen. Wir haben es jetzt nur für die Stelleneuschaffungen 2016, aber für alle Stellen die refinanziert sind, gibt es im Moment nicht.

Ende Wortprotokoll

Geschäftsbereich Planen und Bauen

Herr Stäglin erläuterte die Stellenneuschaffung im Bereich Refinanzierung damit, dass die Thematik eine intensivere Bearbeitung benötigt. Es kann festgestellt werden, dass manch veranschlagte Sondernutzung länger dauern kann, als sie beantragt war. Dies stellt eine potentielle Einnahmequelle dar. Das heißt, dass eine Refinanzierung dadurch erwartet wird.

Herr Bernstiel erkundigte sich, ob mit dem vorhandenen Personal die zusätzlichen Aufgaben, gerade in Bezug auf Fluthilfemaßnahmen, wahrgenommen werden können.

Daraufhin stellte **Herr Stäglin** fest, dass die Aufgabenerfüllung leistbar, aber grenzwertig ist. Vom Aufwand her, wäre eine Vollzeitstelle nicht begründbar. Zur Unterstützung nimmt man Planungsleistungen von Dritten in Anspruch. **Herr Stäglin** betonte aber auch, dass zusätzliche Projekte nicht mit dem vorhandenen Personal umgesetzt werden können.

Herr Knöchel bat um Information, speziell für den Bereich Planen und Bauen, wie sich der Stellenbestand (Benchmarking) im Vergleich Halle (Saale) zu Magdeburg gestaltet. Einer schriftlichen Beantwortung sagte **Herr Geier** zu.

Zu den Absenkungen der Sachkosten im Fachbereich Umwelt, speziell Stadtgrün, fragte **Herr Doege**, ob der Personalbestand beibehalten werden soll. **Herr Stäglin** gab an, dass die Fortschreibung der Mittelfristplanung die Basis für die Haushaltsplanung war. Somit ist keine Absenkung der Mittel erfolgt.

Geschäftsbereich Finanzen und Personal

Herr Geier erläutere den Stellenplan für den Geschäftsbereich Finanzen und Personal, welcher im Session nachzulesen ist.

Zu einer Stellenneuschaffung im Bereich Systemadministration erläuterte **Herr Geier**, dass diese für Bearbeitungsprobleme im SAP und angegliederte Fachverfahren benötigt wird, um dies mit der IT-Consult Halle GmbH zu klären. Die zweite Neuschaffung soll es im Bereich Gewerbesteuer geben (E8). Die Stelle IT-Sicherheitsmanager/in (A 13) wurde haushaltsneutral aus dem Fachbereich Personal in den Fachbereich Finanzen umorganisiert (Organisationsverfügung 02/2015).

Im Fachbereich Personal gibt es mehrere Team- und Abteilungsleiter im Stellenplan, merkte **Herr Wolter** an. Er wollte wissen, wie es bisher geregelt war und warum man neue Teamleiter benötigt. **Frau Hahnemann** verdeutlichte, dass es sich nicht um Stellenneuschaffungen handelt, sondern um Umorganisationen. Die bisherigen Stabsstellen sollen reduziert werden.

Zu den Änderungen von Funktionsbezeichnungen erklärte **Frau Hahnemann**, dass deutsche Bezeichnungen verständlicher sind als englische Begriffe.

Weiter bat **Herr Wolter** um Auskunft zur Organisation im Bereich des Oberbürgermeisters, speziell zu den Einstufungen. **Frau Hahnemann** legte dar, dass die Eingruppierungen nach dem Maß der Verantwortung sowie dem Schwierigkeitsgrad der auszuführenden Tätigkeit definiert werden.

Herr Wolter meinte, dass die Stelle des Datenverarbeitungs-Verantwortlichen nicht nachvollziehbar ist, denn es gibt einen Vertrag mit dem Dienstleister IT-Consult Halle GmbH. **Frau Hahnemann** machte darauf aufmerksam, dass ein Sicherheitskonzept für die Verwaltung aufgestellt werden soll und das Thema der IT-Sicherheit sehr wichtig ist. Die IT-Consult Halle GmbH als Auftragnehmer mit in ihrem Aufgabenbereich dadurch nicht beeinträchtigt.

Herr Töpfer regte allgemein an, bei Änderungen in Stellenbeschreibungen, dies dem Ausschuss vorzulegen.

Zur Sozialstelle erläuterte **Frau Hahnemann**, dass diese für einen sehgeschädigten Kollegen aus dem Berufsförderungswerk vorgesehen ist.

Herr Krause fragte, ob im Geschäftsbereich I Aufgaben bei den beiden E13er Stellen wegfallen (geänderte Funktionsbezeichnung von Leiter HH-Konsolidierung in Sachbearbeiter FAG). **Herr Geier** sagte zu, dies zu prüfen.

Weiter erkundigte sich **Herr Krause**, ob der Bereich Organisationsentwicklung von der Personalentwicklung getrennt wurde. Dies verneinte **Frau Hahnemann**, die beiden Bereiche sollen zusammengeführt werden.

Fachbereich Einwohnerwesen

Frau Hahnemann führte aus, dass ein körperlich behinderter Kollege aus den Stadtwerken von der Stadt übernommen werden soll. Dieser wird dann in die Entgeltgruppe 5 eingestuft. Dem Kollegen soll eine Sicherheit gegeben werden, weil es einen unbefristeter Vertrag geben soll.

Zu den neuen Stellen im Meldewesen wollte **Herr Krause** wissen, ob sich die Zahl auf die Einwohner von Halle ohne Flüchtlinge bezieht. **Herr Geier** entgegnete, dass die Stellen für die Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben in Bezug auf das neue Meldegesetz benötigt werden. Je nachdem, ob die beiden Stellen ausreichen, muss eventuell positiv oder negativ nachjustiert werden.

Geschäftsbereich Kultur und Sport

In Bezug zu den Bibliotheken merkte **Herr Knöchel** an, dass es eine Untersuchung geben sollte. **Frau Hahnemann** erwiderte, dass die Frage schriftlich beantwortet wird.

Zu einer Stelle mit kw-Vermerk bemängelte **Frau Dr. Wünscher**, dass es dafür noch keine Lösung gibt. Sie deutete an, einen Änderungsantrag diesbezüglich zu stellen. **Frau Hahnemann** informierte, dass es keine Initiative seitens der Leitung des Konservatoriums gab. Der kw-Vermerk bei besagter Stelle existiert bereits seit vier Jahren. Die Stelleninhaberin wurde zur Probe, unter Abstimmung mit dem Geschäftsbereich, in einen anderen Fachbereich abberufen. Diese Erprobung ist noch nicht abgeschlossen. **Frau Hahnemann** bat ausdrücklich ihre Unterstützung dem Leiter des Konservatoriums an.

Herr Geier ergänzte, dass es einen Termin zur Problemlösung mit Frau Dr. Marquardt geben wird, allerdings einen Tag nach der heutigen Sitzung. Er machte auch klar, dass es eine Frage der Stellenbewirtschaftung ist und nicht der Stellenplanung. Die Umsetzung der kw-Vermerke hatte der Stadtrat beschlossen. Auch machte er deutlich, dass ein Beschäftigter keinen Anspruch auf eine bestimmte Stelle hat, aber auf seine Eingruppierung.

Herr Krause meinte, die kw-Vermerke mit dem Alter zu begründen, ist nicht üblich. Er bat um Aufnahme auf die Tagesordnung für das erste Quartal 2016.

Zur Stelle Raumflugplanetarium wollte **Herr Doege** wissen, wo momentan der oder die MitarbeiterIn im Moment tätig ist, da die Aufgaben weggefallen sein müssten. **Herr Geier** sagte eine Prüfung zu.

FB Immobilien

Herr Wolter bat um einen Statusbericht, ob die Umorganisation im Bereich Immobilien funktioniert. **Herr Geier** nahm den Auftrag an.

Weiter wollte **Herr Wolter** wissen, welche Maßnahmen im personalwirtschaftlichen Bereich geplant sind, wie hoch der Mitteleinsatz ist, ob es Reduzierungen der Arbeitszeit und welche Konsolidierungsziele und Strategien es gibt. Er fragte, ob es im Abfindungsbereich Kosten innerhalb der Verwaltung, die nicht aus der Kernverwaltung stammen (bspw. Theater, Oper und Orchester GmbH). Weiter bat **Herr Wolter** um Bereitstellung einer Gegenüberstellung der Vorteile von Angestellten zu Beamten (Kostenaufwand etc.).

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan 2016.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der SPD-Fraktion und der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung Vorlage: VI/2015/01269

Herr Krause stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung bis zur nächsten regulären Sitzung.

Herr Töpfer lies den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis GOA: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, umgehend eine aktuelle Gefährdungsbeurteilung nach § 5 ArbSchG für alle Geschäftsbereiche zu erstellen.
2. Die Gefährdungsbeurteilung ist dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorzulegen.
3. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert darzulegen, wie die Ergebnisse der vorangegangenen Gefährdungsbeurteilungen evaluiert wurden und wie sie die eingeleiteten Gegenmaßnahmen vor dem Hintergrund des erhöhten Krankenstandes bewertet.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Einstellung von Umzugsmanagern im Zusammenhang mit der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen**

Herr Geier informierte, dass die Einstellung von Umzugsmanagern in zehn Unterkünften geplant ist. Die Ausschreibung ist bereits erfolgt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Sachgrundbefristung eingestellt werden sollen.

Frau Präkelt ergänzte, dass die Stellenausschreibung den Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung gestellt wird.

zu 9 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

zu 9.1 **Anfrage Frau Krischok zu Ausschreibungen**

Frau Krischok erkundigte sich zum aktuellen Stand der Ausschreibung im sozialen Bereich. **Frau Hahnemann** erklärte, dass die Ausschreibung erfolgt ist. Es handelt sich um Stellen im Bereich Amtsvormundschaft, speziell für unbegleitete Minderjährige, Bürgerservice und Ausländerwesen.

Zu der Thematik fragte **Herr Krause** nach den entstehenden Kosten. Darauf meinte **Herr Geier**, dass dies im Zuge der Diskussion zum Haushalt des Geschäftsbereiches Bildung und Soziales geklärt werden sollte.

zu 10 **Anregungen**

zu 10.1 **Anregung Herr Doege zum Versand von Haushaltsunterlagen**

Herr Doege regte an, Unterlagen zum Haushalt eine Woche vorher dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

zu 10.2 **Anregung Herr Wolter zu Änderungsblättern**

Herr Wolter bat um eine andere Einstellung von Änderungsblättern, da die Handhabe mit dem iPad zu umständlich ist.

zu 10.3 Anregung Frau Krischok zum Haushalt

Frau Krischok bat die Verwaltung, bei Änderungen im Haushalt dies auch mit Seitenzahlen anzugeben.

Anmerkung: Da die Beschlussfähigkeit nicht mehr gegeben war (Anwesenheit von fünf Stadträten), konnte die nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten nicht durchgeführt werden.

Für die Richtigkeit:

Gernot Töpfer
Ausschussvorsitzender

Yvonne Merker
Protokollführerin